

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 146—147

Seit Jahresbeginn ist eine deutliche Verlangsamung der Notenumlaufszunahme und eine Abnahme des Gesamtumlaufes (Notenumlauf + freie Verbindlichkeiten der Nationalbank) zu beobachten. Während der Banknotenumlauf im zweiten Halbjahr 1948 monatlich durchschnittlich um 193 Mill. S zunahm, stieg er im Jänner nur um 34 Mill. S, im Februar um 147 Mill. S und im März um rund 17 Mill. S¹⁾. Die durchschnittliche monatliche Zuwachsrate des Banknotenumlaufes betrug damit im 1. Quartal 1949 nur rund 66 Mill. S. Gleichzeitig verminderte sich der Gesamtumlauf um durchschnittlich 72 Mill. S pro Monat.

Es wäre sicherlich verfehlt, diese Entwicklung einem Abflauen der Konjunktur — ähnlich wie es in anderen Ländern tatsächlich der Fall ist — zuzuschreiben. Dagegen spricht nicht nur, daß die Kreditausweitung der Kreditinstitute — die seit fünf Monaten überwiegend mit Hilfe von Bundesschatzscheinen nach § 2, 1 b der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz finanziert wird — weiter anhält, sondern auch das unausgeglichene Budget des Staates, das eher eine neue Expansion erwarten läßt. Daß sich die Zunahme des Notenumlaufes dennoch verlangsamt hat, ist fast ausschließlich auf den Einlauf von außergewöhnlich hohen Erlösen aus Hilfslieferungen auf die Sperrkonten öffentlicher Stellen (der Zuwachs betrug im 1. Quartal 708 Mill. S) zurückzuführen. Da in den kommenden Monaten die Erlöse zwangsläufig wieder zurückgehen werden (im Durchschnitt wird mit einem monatlichen Eingang von rund 180 Mill. S gerechnet), ist wieder mit einer stärkeren Ausweitung des Notenumlaufes zu rechnen, sofern nicht neue antiinflationistische Einflüsse wirksam werden.

Im einzelnen ergaben sich im März folgende Veränderungen: Der *Banknotenumlauf* erhöhte sich um 17 Mill. S (von 5.816 Mill. S auf 5.833 Mill. S) und die freien Verbindlichkeiten der Nationalbank an die Kreditinstitute um 4 Mill. S (auf 362 Mill. S),

¹⁾ Das ist die geringste monatliche Notenumlaufszunahme seit der Währungsreform.

während die öffentlichen Stellen von ihren freien Guthaben 82 Mill. S abhoben²⁾. Dadurch verminderte sich der Gesamtumlauf (Noten + freie Verbindlichkeiten der Nationalbank) um 60 Mill. S. Die zeitweilig gesperrten Konten öffentlicher Stellen wiesen einen Nettozuwachs von 282 Mill. S (auf 1.095 Mill. S) auf.

Den Veränderungen auf der Passivseite entsprach auf der Aktivseite die Übernahme von Besatzungskostenschatzscheinen im Betrage von 163 Mill. S³⁾ und von Wechseln in Höhe von 40 Mill. S (davon 36 Mill. S Wiederaufbauwechsel, die bekanntlich von der Nationalbank auf Grund der Dezemberfreigabe von 600 Mill. S refinanziert werden). Außerdem erhöhte sich der Devisen- und Valutenbestand der Nationalbank um 19 Mill. S (auf 111 Mill. S), während die Bundesschatzscheine nach § 27 W. Sch. G. um 2 Mill. S abnahmen.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* stiegen im Februar um 152 Mill. S (auf 6.278 Mill. S); davon entfielen 89 Mill. S auf Scheckeinlagen und 63 Mill. S auf Spareinlagen. Der Spareinlagenzuwachs betrug damit in den beiden Monaten Jänner und Februar 123 Mill. S.

Auf dem *Aktienmarkt* war die Kursentwicklung uneinheitlich. Der Index von 23 Industrieaktien sank bis Mitte April um 1.1% (von 281.2 auf 278.2; März 1938 = 100), wobei jedoch nur die Aktien der Bau- und der Zuckerindustrie geringe Kurseinbußen erlitten, während sich die Kurse anderer Aktien (insbesondere der Papierindustrie) sogar etwas erholen konnten. Der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 stieg von Mitte März bis Mitte April um 1.3% (von 60 S auf 60.75 S pro 100 S Nominale).

Zur Kreditstatistik

Die kürzlich veröffentlichte Kreditstatistik per Ende Dezember 1948⁴⁾, die für das letzte Quartal

²⁾ Der Bestand auf diesem Konto betrug am 31. März noch rund 602 Mill. S.

³⁾ Bis Ende März wurden bereits rund 775 Mill. S dieser Schatzscheine refinanziert.

⁴⁾ Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank, Jg. 1949, Nr. 3 vom 15. März 1949.

1948 die bisher größte Zunahme (um 770 Mill. S auf 4.206 Mill. S) der aushaftenden Kreditsumme aufweist, ermöglicht nunmehr eine Übersicht über die Entwicklung des Kreditvolumens im Jahre 1948. Danach wurde das Kreditvolumen in der Zeit vom 31. Dezember 1947 bis 31. Dezember 1948 um 2.060 Mill. S, d. i. um 96%, erhöht.

Am stärksten (dem Betrag nach) haben die *Großkredite* (über 50.000 S) zugenommen (um 1.731 Mill. S oder 106%), deren Anteil an der gesamten aushaftenden Kreditsumme von 76% auf 80% stieg. Die Kredite niedrigerer Höhe, die ebenfalls absolut zugenommen haben, sind anteilmäßig zurückgegangen.

Bezüglich der *Kreditlaufzeit* ist die relative Erhöhung der mittelfristigen Kredite bemerkenswert. Während der Anteil der kurzfristigen Kredite (bis 3 Monate) mit 22% unverändert blieb, verdoppelte sich jener der mittelfristigen Kredite (3 bis 12 Monate) im Laufe des Jahres von 15% auf 29%. Die langfristigen Kredite (über 12 Monate) nahmen zwar absolut zu, ihr Anteil an der Gesamtsumme der aushaftenden Kredite verminderte sich jedoch von 63% auf 49%.

Die *Verteilung* der aushaftenden Kredite auf die *kreditgebenden Institute* zeigt ebenfalls einige Veränderungen. Die Sparkassen haben an Bedeutung eingebüßt, während die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften ihre Kreditsumme um 154% und damit ihren Anteil am gesamten Kreditvolumen von 5,5% auf 7% erhöhen konnten. Eine etwas geringere Steigerung (um 121% bzw. anteilmäßig von 5% auf 6%) wiesen die von gewerblichen Kreditgenossenschaften gegebenen Kredite auf. Der Anteil der Banken ist mit rund 70% gleichgeblieben.

Auch im *Kreditbedarf* der einzelnen *Wirtschaftszweige* sind Änderungen eingetreten. Der absolut größte Teil des Zuwachses an gewährten Krediten entfiel auf Industrie und Bergbau, deren Verschuldung um 950 Mill. S (+ 107%) auf 1.836 Mill. S stieg. Es folgten Handel und Verkehr mit einem Zuwachs von 290 Mill. S (+ 109%), sonstige Kreditnehmer mit 275 Mill. S (+ 73%), das Gewerbe mit 238 Mill. S (+ 104%), die Landwirtschaft mit 194 Mill. S (+ 106%) und die Länder und Gemeinden mit 114 Mill. S (+ 56%). Infolge der verschiedenen prozentuellen Zunahme der Kredite verschob sich die Struktur des Kreditvolumens zugunsten der Industrie und des Bergbaues von 41% Ende 1947 auf 44% Ende 1948, bei Handel und Verkehr von 12% auf 13%, beim Gewerbe von 10,7% auf 11% und

bei der Landwirtschaft von 8,6% auf 9%, während der Anteil der Länder und Gemeinden und der sonstigen Kreditnehmer zurückging.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 148—150

Die *Arbeiternettotariflöhne* blieben im April weiterhin unverändert auf 376,5 (April 1945 = 100). Eine Verbesserung der Jahresbezüge wurde den öffentlichen Angestellten in Form eines 13. Monatsgehältes, das in zwei Terminen (zur Jahresmitte und zum Jahresende) ausbezahlt wird, zugesichert. Der in den beiden Monaten Dezember und Jänner beobachtete — hauptsächlich saisonbedingte — Rückgang der *Arbeiternettoverdienste* kam im Februar bereits wieder zum Stillstand. Der Verdienstindex erhöhte sich infolge einer stärkeren Steigerung der Facharbeiter- und Hilfsarbeiterverdienste, die durch einen Rückgang der Verdienste der Arbeiterinnen nur teilweise kompensiert wurde, wieder geringfügig (um 0,3%, von 301,7 auf 302,6; August 1938 = 100).

Die seit Jahresbeginn wirksame Tendenz *senken der Preise* hielt in der Berichtsperiode noch an. Im April machte sich jedoch eine gewisse Uruhe bemerkbar, die durch die (mangels genauer Informationen vielfach verzerrt) in die Öffentlichkeit dringenden Nachrichten über die schwierige Budgetlage sowie über kommende Preis- und Tarifierhöhungen ausgelöst wurde. Die allgemeine Unsicherheit könnte leicht die Ansätze für weitere Preissenkungen zerstören und zu einem neuen Preisauftrieb führen. Vereinzelt dürfte bereits im Rahmen der allerdings begrenzten Liquidität der Unternehmer — in Erwartung kommender Preis- und Lohnerhöhungen — Ware zurückgehalten werden. Zu einer deutlichen Umkehr der Preisentwicklung ist es bisher nicht gekommen. Nur die besonders empfindlichen „schwarzen“ Devisenkurse sind in der Zeit von Ende Februar bis Ende März stärker (um 13%) gestiegen¹⁾.

Die *freien Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum sanken bis Mitte April um weitere 5,2%. Bemerkenswert ist der neuerliche Rückgang des Goldpreises um 13,7%²⁾ und des Preises für Diamanten um 23,1%. Auch Teppiche erlitten — allerdings hauptsächlich saisonbedingte — Preiseinbußen.

¹⁾ In den ersten Apriltagen sanken die „schwarzen“ Devisenkurse allerdings wieder um 6%; sie lagen aber immer noch um 7% über den Kursen zu Ende Februar.

²⁾ Seit November 1948 ist der Goldpreis um 44% gesunken.

Die *Schwarzmarktpreise* für Nahrungsmittel gingen bis Mitte April um weitere 5,7% zurück (auf 8,3; März 1938 = 1¹⁾). Weißes Mehl, Schwarzbrot, Schmalz und Öl wurden billiger, während die Preise für Rindfleisch und Zucker leicht stiegen. Der Schweinefleischpreis blieb unverändert. Im Durchschnitt betragen die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise nur noch das Zweieinhalbfache der offiziellen Preise.

Auf den *freien Märkten* hielt in der Berichtsperiode im allgemeinen die Preissenkungstendenz ebenfalls weiter an. Tee, Kakao, Schokolade und andere importierte Genußmittel — wie Mandeln, Rosinen, Nüsse, Südfrüchte — wurden trotz vielfach hemmender Richtpreisfestsetzung billiger²⁾. Auch die Preise für freie Eier (Überkontingenteier) sanken (teilweise unter dem Druck von Importen); seit Ostern sind allerdings wieder Preissteigerungen zu beobachten.

Die *offiziellen Preise* blieben, abgesehen von den Zigarettenpreisen, unverändert. Allerdings finden weiterhin indirekte Preissenkungen (in Form von Qualitätsverbesserungen) statt, die insbesondere bei Textilien, bei denen sich die ERP-Lieferungen auszuwirken beginnen, fühlbar sind. Der starke Rückgang der Zigarettenpreise auf dem Schwarzen Markt in den letzten Monaten zwang den Fiskus im April zu weiteren Preisherabsetzungen für Regiezigaretten („Jonny“ um 15 g oder 30%, „Austria I“ und „Spezial“ um 15 g oder 37,5%). Der Erfolg dieser Preissenkungsaktion läßt sich noch nicht beurteilen. Wenn auch der illegale Absatz amerikanischer Zigaretten zugunsten der „Jonny“ vorübergehend zurückgedrängt wurde, so ist doch damit zu rechnen, daß auch die Schwarzmarktpreise für amerikanische Zigaretten noch gesenkt werden können. Der Absatz der bulgarischen Zigaretten wird durch die bisherige Verbilligung der Regiezigaretten kaum getroffen.

Die *Lebenshaltungskosten* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema blieben bis Mitte April fast unverändert. Gestiegen sind der Reispreis³⁾, der Preis für zugeteilte Eier⁴⁾ sowie saisonbedingt die Preise für Äpfel und Kartoffel. Diese Verteuerungen wurden jedoch durch einen saisonbedingten

Rückgang des Spinatpreises⁵⁾ sowie durch die Verbilligung von Tee und Kakao etwas überkompensiert, so daß der Index von 227,92 auf 227,27 (April 1945 = 100) sank. Die Verbilligung der Zigaretten kam im Lebenshaltungskostenindex nicht zum Ausdruck, da in ihm nur die billigste Sorte (Austria III) enthalten ist, deren Preis unverändert blieb.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 151

Die *Inlandsaufbringung rationierter Nahrungsmittel* ging in der 52. Zuteilungsperiode (28. März bis 24. April) vorwiegend saisonbedingt zurück. Zufolge geringerer Ablieferungen von Fleisch, Fett und Kartoffeln wurde der Kalorienbedarf nur zu 37% aus der Eigenaufbringung gedeckt, gegenüber 39% in den beiden Vorperioden.

Die *Getreideablieferungen* waren im März weiter rückläufig, übertrafen jedoch — einschließlich der Überkontingentlieferungen — die Leistungen des Vorjahres. Der Gesamtstand der Ablieferungen war Ende März bei allen Produkten — ausgenommen Hafer — höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Stand der Getreideablieferungen 1948 und 1949

	Brotgetreide		Gerste		Hafer		Mais	
	1948	1949 ¹⁾	1948	1949 ¹⁾	1948	1949	1948	1949
	in 1000 t							
31. I.	149	198	26	32	18	14	16	15
28. II.	152	202	27	34	19	14	16	18
31. III.	154	205	28	35	20	14	16	18

¹⁾ Einschließlich der Überkontingentlieferungen.

Auf das Kontingent standen indessen Ende März noch immer 37.000 t Brotgetreide, 15.000 t Gerste, 6.000 t Hafer und 5.000 t Mais aus, die kaum noch aufgebracht werden dürften. Da die Getreidepreise für Kontingentlieferungen nur bis Ende März gestützt wurden (ab 1. April gelten nur noch die alten Grundpreise zuzüglich der entsprechenden Monatszuschläge⁶⁾), besteht kaum noch ein Anreiz für weitere Lieferungen auf das Kontingent. Außerdem dürfte die volle Ablieferung auch an der unrichtigen Umlegung der Kontingente scheitern. Dagegen ist noch mit weiteren Überkontingentlieferungen zu rechnen, da die Produzenten, die noch Getreideüber-

¹⁾ Seit 15. Dezember 1948 sanken die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise um 31,6%.

²⁾ In letzter Zeit scheint jedoch auch hier die Preissenkungstendenz zum Stillstand gekommen zu sein.

³⁾ Anlässlich der Osterzuteilung wurde der Preis neu festgesetzt und dem Weltmarktniveau nähergebracht.

⁴⁾ Die kürzlich verfügte Staffelung der Preise für Kontingenteier nach Qualität und Gewicht ergab im arithmetischen Durchschnitt eine geringfügige Erhöhung.

⁵⁾ Tatsächlich war der Spinatpreis bis kurz vor dem Stichtag (Monatsmitte) stärker gesunken; die erhöhte Nachfrage in den Tagen vor Ostern (Gründonnerstag und Karfreitag sind traditionelle Tage erhöhten Spinatkonsums), in die der Stichtag fiel, trieb den Preis wieder hinauf.

⁶⁾ Je nach Preisgebiet für 100 kg: Weizen S 53,80 bis 57,10, Roggen S 49,40 bis 51,90, Gerste S 47,— (und die eventuell vorgeschriebenen Qualitätszuschläge), Hafer S 44,—, Körnermais S 44,—.

schüsse besitzen, auch weiterhin die hohen Überkontingentpreise von S 1.37 für Weizen, S 1.26 für Roggen und S 2.— für Gerste erhalten.

Die weiter zunehmende Milchaufbringung erreichte im Februar mit einer durchschnittlichen Tagesmarktleistung von 1.78 kg je Kuh den bisher höchsten Nachkriegsstand. Die günstige Ablieferung dürfte nicht zuletzt auf die — infolge der zunehmenden Besserung der allgemeinen Nahrungsmittelversorgung — geringeren Absatzmöglichkeiten auf dem Schwarzen Markt zurückzuführen sein. Die bessere Milchanlieferung nach Wien (im März waren es je Tag im Durchschnitt fast 400.000 Liter) gestattet es, den Wiener Kaffeehäusern täglich 4.000 Liter einer qualitativ höherwertigen Magermilch zuzuteilen.

Die Fettversorgung hat sich in der 52. Zuteilungsperiode gebessert. Durch die anhaltend günstige Rohstoffversorgung der Fettindustrie sowie die Bereitstellung von Schweineschmalz aus der USA-Hilfe gelang es nicht nur, ab 28. März die volle vorgesehene Fettration von 30 dkg wöchentlich für den Normalverbraucher auszugeben, sondern auch alle Lieferrückstände aus den Vorperioden abzudecken. Außerdem wurde den Wiener Normalverbrauchern in der Osterwoche erstmalig seit Kriegsende $\frac{1}{8}$ kg Butter im Rahmen der vorgesehenen Fettration zuteilt. Der Mehrbedarf wurde teils durch die erhöhte Milchaufbringung und teils durch die Kürzung der Butterzuteilungen der Bundesländer gedeckt, deren Fettration überwiegend durch Kunstspeisefett, Öl und Schmalz erfüllt wurde. Außerdem wurden durch eine Kürzung der Butterrationen für Kinder und Jugendliche in Wien innerhalb zweier Wochen etwa 60.000 kg Butter eingespart, die einen Teil des Gesamtbedarfes der Wiener Normalverbraucher¹⁾ deckten (bei einer Zuteilung von $\frac{1}{8}$ kg je Normalverbraucher und Woche mußten etwa 165.000 kg aufgebracht werden). Man hofft, mit der erwarteten weiteren Zunahme der Milchlieferungen von der 54. Zuteilungsperiode an (ab 23. Mai) laufend den Wiener Normalverbrauchern Butter — zumindest $\frac{1}{8}$ kg je Versorgungsperiode — zuteilen zu können. Die Butterausgabe an die Normalverbraucher wäre vom ernährungsphysiologischen Standpunkt zu begrüßen, da sie den Geschmack der Ernährung verbessert und den Anteil tierischer Nahrungsmittel am Gesamtverbrauch erhöht.

Die Fleischversorgung stockte, da die Erwartung einer Fleischpreiserhöhung die Produzenten veranlaßte, mit den Viehlieferungen zurückzuhalten. Die Lieferrückstände der Bundesländer an Wien be-

¹⁾ Ausgenommen die von Niederösterreich versorgten Randgebiete.

trugen Ende März nahezu 900 t und dürften sich im Laufe des April weiter vergrößert haben. Das dadurch entstandene Fleischdefizit wurde durch die Ausgabe von Gefrierfleischvorräten etwas verkleinert, jedoch nicht beseitigt.

Der Bereich der freien Nahrungsmittel wurde durch die am 24. März verfügte Aufhebung der Bewirtschaftung von Mohn, Obstpulpe, Sojabohnen und Sojaerzeugnissen sowie Biertreber etwas erweitert. Gleichzeitig laufen Verhandlungen mit den Alliierten über die Freigabe von Kartoffeln, Maisgrieß, Hülsenfrüchten, Rollgerste, Haferflocken und Kaffeemitteln. Sollte die Bewirtschaftung für diese Produkte aufgehoben werden, so wird sich der Lebensmittelaufwurf auf einige wenige Nahrungsmittel, wie Brot bzw. Mehl, Fleisch, Fett, Zucker beschränken, die nur noch einen Teil des gesamten tatsächlichen Kalorienverbrauches umfassen. Der Verbrauch wird sich durch die Freigabe kaum vergrößern, da bereits heute ein Großteil der aufgerufenen Hülsenfrüchte, Rollgerste und Haferflocken nicht mehr gekauft wird.

Durch die Freigabe des Verkaufs und die Aufhebung der Preisregelung für Überkontingenteier werden seit März kaum mehr Kontingenteier abgeliefert. Dagegen hat sich das Angebot an freien Überkontingenteiern weiter erhöht. Da jedoch gleichzeitig auch die Nachfrage, vor allem wegen der Osterfeiertage, gestiegen ist, hat sich der Preis, abgesehen von vorübergehenden, durch die Konkurrenz der ebenfalls frei ausgegebenen ausländischen Eier hervorgerufenen Preisschwankungen auf S 1.— bis S 1.10 erhöht²⁾. Ein Sinken der Eierpreise hätte ausreichende und billige Importe zur Voraussetzung, da die Frühjahrsproduktionsspitze bald zu Ende gehen dürfte, während der Verbrauch, vor allem in Wien, infolge der unzulänglichen und auf dem Schwarzen Markt relativ teuren Fleischversorgung, weiter steigt.

Die Obst- und Gemüseversorgung war weiterhin übersaisonnmäßig gut. Umfangreiche Karfiolimporte aus Italien verursachten vorübergehend in Wien einen starken Preissturz von durchschnittlich S 4.— auf S 1.— bis S 2.— je kg. Das Angebot an Obst war infolge der reichlichen Einfuhren von Südfrüchten und der noch immer großen Vorräte an inländischen Äpfeln etwa zehnmal so hoch wie im März des Vorjahres. Kartoffelimporte aus Holland ermöglichten eine reichliche Kartoffelversorgung Wiens (die Zufuhren erreichten im März etwa das Vierfache vom gleichen Monat des Vorjahres).

²⁾ Der Erzeugerpreis beträgt derzeit etwa 75 Groschen.

Die Versorgung mit *freien ausländischen Nahrungs- und Genußmitteln* hat sich vor allem dadurch gebessert, daß einzelne Waren, die bisher fast ausschließlich im Wege von Liebesgabensendungen nach Österreich kamen, nunmehr in größerem Ausmaß auch regulär eingeführt werden. So war die Einfuhr von Tee, Kaffee und Kakao zusammen im Jänner etwa viermal und die Einfuhr von sonstigen Nahrungs- und Genußmitteln (bei denen u. a. auch Schokolade mitgerechnet wird) etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Vorjahres. In den folgenden Monaten dürften sich die Importe weiter erhöht haben. Die Preise dieser Waren sind infolge des zunehmenden Angebotes und der Steigerung des freien Schillingkurses in Zürich von Jänner bis April im Durchschnitt um etwa 40% gefallen.

Die sinkende Preistendenz dieser, lange Zeit nicht erhältlichen Waren führte zu einer starken Nachfragebelebung, die durch die Osterfeiertage zusätzlich verstärkt wurde.

Entwicklung der Preise einzelner freier Nahrungs- und Genußmittel in Wien im Jahre 1949¹⁾

	3. - 9. I.	7. - 13. II.	7. - 13. III.	4. - 10. IV.
	Verbraucherpreis in S je kg			
Schokolade . . .	60 - 85	54 - 83	45 - 70 ⁵⁰	40 - 56
Kakao		51 - 68 ²⁾	42 - 62	35 - 56
Kaffee, gebr. . .	48 - 76	36 - 72	38 - 76	36 - 70
Tee	80 - 210	80 - 185	60 - 158	34 - 120
Rosinen	32 - 33	22 - 28 ²⁾	11 ⁷⁰ - 24	6 - 16
Haselnüsse . . .	38 - 68	45 - 56	42 - 55	28 - 40
Mandeln	45 - 67	43 - 59	38 - 50	23 - 38
Ital. Datteln . .		10 - 17	10 - 12	9 - 11 ²⁰
Ital. Feigen . . .		5 ⁴⁰ - 11	8 - 12	7 ⁵⁰ - 10

¹⁾ Nach den Wochenausweisen des Marktamtes der Stadt Wien. —
²⁾ 31. Jänner bis 6. Februar 1949.

Auch das Angebot an *Geflügel* hat durch größere Importe aus Ungarn sowie durch erhöhte Anlieferungen aus dem Inland insbesondere vor Ostern zugenommen. Da die Preise um durchschnittlich 15 bis 20% niedriger als vor Weihnachten waren und die Fleischrationen nicht voll erfüllt wurden, dürfte sich die Nachfrage etwas belebt haben. Auch das reichlich frei angebotene *Ziegenfleisch* trug — infolge der hohen Preise allerdings nur beschränkt — zur Auffüllung der Lücken in der Fleischversorgung der Wiener Bevölkerung bei.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 151

Die großteils bereits abgeschlossene *Frühjahrsbestellung* begegnete heuer keinen besonderen Schwierigkeiten, da die Witterungsbedingungen günstig waren. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wurde durch die gute Versorgung mit menschlichen und motorischen Zugkräften sowie mit landwirtschaftlichen Maschinen in fast allen Fällen

ausgeglichen. Dagegen dürfte er bei den nachfolgenden arbeitsintensiveren Pflege- und Erntearbeiten stärker ins Gewicht fallen.

Während die im „Long-Term-Programm“ der Landwirtschaft gesteckten, verhältnismäßig bescheidenen¹⁾ *Anbauziele* für 1949 bei Getreide und Kartoffeln ohne Schwierigkeiten voll erfüllt wurden, dürfte die mit 30.000 ha präliminierte Zuckerrübenanbaufläche, trotz der gewährten Preiserhöhungen, nicht erreicht worden sein. Wenn man auch den Feldgemüseanbau, der infolge der gesunkenen Gemüsepreise nicht mehr so lohnend erscheint, zugunsten des Rüben- (und Kartoffel-) Anbaues eingeschränkt hat, so hemmt doch der Mangel an qualifizierten Saisonarbeitern die Ausweitung dieser arbeitsintensiven Kulturen. Insgesamt wurde daher heuer eine nur wenig größere Rübenfläche kontrahiert als im Vorjahr (27.000 ha). Von einem größeren Schädlingsbefall blieben die auflaufenden Rübensaaten bisher verschont.

Die Versorgung mit *Dünger* für den Herbst- und Frühjahrsanbau war bedeutend günstiger als in den letzten Jahren. Auf Grund guter Futter- und befriedigender Streuvorräte stand heuer nicht nur mehr Stalldünger zur Verfügung, sondern auch Kunstdünger wurde — Kalisalz ausgenommen — in relativ großen Mengen angeboten und verwendet. Besonders gut war dank verhältnismäßig hohen Importen die Versorgung mit Phosphorsäure, an der es bisher besonders mangelte. Bis Ende April 1949 wurden bei Superphosphat 131% (78.800 t) und bei Thomasphosphat 75% (59.890 t) der Planmengen (60.000 t bzw. 80.000 t) bereitgestellt. Bei Kalkammonsalpeter erhöhte sich der relativ hohe Verbrauch des Vorjahres noch um 11%. Dagegen konnte der geschätzte Bedarf der Landwirtschaft an Kalisalz infolge ungenügender Importe nur zu 53% gedeckt werden²⁾; die Unterversorgung fällt jedoch nicht entscheidend ins Gewicht, da unsere Böden Kali eher entbehren können als die übrigen Pflanzennährstoffe. Insgesamt dürfte der Verbrauch an anorganischen Pflanzennährstoffen im laufenden Wirtschaftsjahr dank der günstigen Versorgung auf rund 150%

¹⁾ Nach den im Herbst 1948 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erlassenen bindenden und mit der kommenden Brotgetreidekontingentierung gekoppelten Anbauzielrichtlinien müßte z. B. — auf Grund der zuletzt amtlich ausgewiesenen Ackerfläche — die Brotgetreidefläche für 1949 515.000 ha betragen. Demgegenüber wurde sie im „Long-Term-Programm“ mit nur 466.000 ha angenommen.

²⁾ Siehe auch: Nr. 1 (S. 7) und Nr. 2 (S. 51) der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jg. (1949).

gegenüber dem Vorjahr bzw. auf rund 250% gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sein.

Die Abgabepreise für die im Rahmen des Marshall-Planes importierten Kunstdünger wurden ab März 1949 bei Super- und Thomasphosphat um rund 50% bzw. 40% und bei Kalisalz um 20% erhöht. Trotzdem sind sie noch immer verhältnismäßig — im Vergleich zu den Weltmarktpreisen¹⁾ für Kunstdünger und im Vergleich zu den inländischen Agrarpreisen²⁾ — niedrig. Auch gegenüber dem inländischen Kalkammonsalpeter, der unverbilligt abgegeben wird, sind die importierten Düngemittel noch verhältnismäßig billig, so daß die Nachfrage trotz der erhöhten Abgabepreise größer war als das Angebot.

Index der Kunstdüngerpreise

	1. XII. 1948	1. III. 1949
	1937 = 100	
Kalkammonsalpeter 20,5% N	240,5	240,5
Superphosphat 18% P ₂ O ₅	132,9	202,2
Thomasphosphat 18% P ₂ O ₅	113,5	160,6
Kalisalz 40% K ₂ O	131,9	156,3
Gewogener Durchschnitt ¹⁾	185,4	207,8

¹⁾ Gewogen nach dem vorkriegsmäßigen Verbrauch (nach Prof. Steden): Kalkammonsalpeter 51%, Superphosphat 16%, Thomasphosphat 16%, Kalisalz 17%.

Ein fühlbarer Mangel herrschte an bodenständigem gezüchteten *Saatgut* — der durch die wenig befriedigende Politik der gestaffelten Kontingent- und Überkontingentpreise noch künstlich gesteigert wurde —, so daß vielfach bereits weitgehend abgebaute Sorten verwendet werden mußten. Dadurch wird der Wirkungsgrad der besseren Düngung und damit auch ihre Rentabilität verringert. In Zukunft wird es sich daher empfehlen, nicht nur für eine ausreichende Düngung, sondern auch für ein besseres, akklimatisiertes Saatgut vorzusorgen.

Der *Saatenstand* ist durchschnittlich gut. Allenthalben steht Winterroggen sehr üppig (teils durch zu dichte Saat bzw. einseitige Düngung). Dagegen hat Winterweizen durch Frost- und Wind-

¹⁾ Die Importpreise frei österreichischer Grenze betragen derzeit — auf Grund der offiziellen Wechselkurse — je 100 kg für Superphosphat S 45,—, Thomasphosphat S 33,— und Kalisalz S 41,50; die Großhandelsabgabepreise wurden für Superphosphat mit S 26,28, Thomasphosphat mit S 20,88 und Kalisalz mit S 25,— festgesetzt.

²⁾ Während zur Zeit der Preisindex der importierten Kunstdünger (Abgabepreise) im Durchschnitt etwa 173 beträgt, liegt der nach vorkriegsmäßigen Verkaufserlösen gewogene Preisindex für pflanzliche Produkte (ohne Überkontingentpreise, bei Futtergetreide gestützte Erzeugerpreise, bei Brotgetreide Durchschnittspreise der beiden Kontingenthälften) bei etwa 333 (1937 = 100).

schäden gelitten. Im allgemeinen reichten die Niederschläge bisher, trotz relativ geringer Wasservorräte in den Böden, für eine normale Entwicklung der Saaten aus. Allerdings wurde das Getreide in manchen Gebieten Niederösterreichs durch Windeinwirkung und Flügerde- und Flugsandbildung wiederholt geschädigt, so daß teilweise eine nochmalige Bestellung notwendig wurde. Dank der relativ geringen Ausdehnung der Schadensgebiete und der nachfolgenden verhältnismäßig günstigen Witterung³⁾ waren jedoch die Erosionsschäden — entgegen den ersten Verlautbarungen — nicht sehr groß. Die Felderträge werden zwar in diesen Gebieten, nicht zuletzt infolge einer stärkeren Verunkrautung etwas zurückbleiben; dagegen dürften die mit Erde überdeckten Futterflächen, sofern es genügend regnet, gute Erträge geben. Der Wachstumsstand der Wiesen und Weiden sowie der Kleeschläge ist normal.

Steinobst hatte eine reiche Blüte und zeigt guten Fruchtansatz. Entgegen den bisherigen Erfahrungen, wo nach Jahren mit guten Apfelernten solche mit geringen Erträgen folgen, ist heuer die Apfelblüte, ebenso wie im Vorjahr, gut. Die ausgiebigen Niederschläge im Sommer des Vorjahres dürften die Ausbildung von Blütenknospen begünstigt haben.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 152—153

Die Stromversorgung hat sich im März bedeutend gebessert. Nachdem bereits am 1. März die 25% ige Einschränkung der Schaltstufe III aufgehoben wurde, konnte am 1. April die Schaltstufe IV wieder eingeführt werden. Außerdem wurde zahlreichen Industriebetrieben eine Erhöhung ihres Stromkontingents zugestanden. Nur besonders stromintensive Produktionszweige (Aluminiumhütten und Karbidfabriken) konnten im März noch nicht mit Strom versorgt werden, da die Erzeugung der Wasserkraftwerke noch immer weit hinter der eines normalen Jahres zurückblieb. Aus diesem Grunde mußten auch die Dampfkraftwerke weiter mit ihrer vollen Leistung arbeiten. Insgesamt wurden im März 193 Mill. kWh durch Wasserkraftwerke und 97 Mill. kWh in Dampfkraftwerken erzeugt, gegen 281 Mill. kWh bzw. 32 Mill. kWh im März 1948. Die Einfuhr betrug 25 Mill. kWh und die Ausfuhr 17 Mill. kWh, so daß für den Verbrauch im Inland insgesamt 289 Mill. kWh zur Verfügung standen, das sind um 13% mehr als im Februar.

³⁾ Vielfach erholten sich die mit den Wurzeln freigelegten Pflanzen wieder infolge günstiger Niederschlags- und Temperaturverhältnisse.

Infolge der günstigen Versorgung mit hochwertiger ausländischer Steinkohle stößt der Absatz inländischer Braunkohle auf zunehmende Schwierigkeiten. Eine Reihe kleinerer Gruben, die nur minderwertige Sorten fördern, mußte ihre Förderung einstellen. Gegen Ende April sollten auch zwei große Gruben der Alpine vorübergehend stillgelegt werden, da die geförderte Braunkohle nicht mehr abgesetzt werden konnte. Wenn auch diesmal die Betriebseinstellung noch vermieden werden konnte, so ist doch in Zukunft mit weiteren Absatzschwierigkeiten im inländischen Braunkohlenbergbau zu rechnen, vor allem dann, wenn durch die Erhöhung der Kohlenpreise eine rationellere Kohlenverwendung erzwungen wird. Bemerkenswert ist, daß die beiden vom Stillstand bedrohten Betriebe der Alpine technisch gut ausgerüstet sind, rationell und im Vergleich zu anderen Gruben mit relativ niedrigen Kosten arbeiten. Ihre Kohle wird jedoch auf Grund der geltenden Ausgleichsregelung, die infolge der stark schwankenden Kosten zwischen den einzelnen Gruben eingeführt wurde, weit über den Gestehungskosten verkauft. Der Mehrerlös fließt in die Ausgleichskasse und wird zur Stützung teuer produzierender Gruben verwendet. Die Nachteile dieses Ausgleichskassensystems, das unwirtschaftliche Gruben zu Lasten von leistungsfähigen Betrieben begünstigt, treten immer deutlicher zutage.

Trotz Absatzschwierigkeiten erreichte die inländische Kohlenförderung im März mit 339.000 t Braun- und 16.000 t Steinkohle einen neuen Höchststand. Zusammen mit der gegenüber Februar um 25.000 t höheren Einfuhr standen der österreichischen Wirtschaft im März insgesamt 620.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, das sind um 50% mehr als im Jahre 1937.

Die Neuregelung der Preise für in- und ausländische Kohle wurde im April neuerlich verschoben.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 154-158

Die gewerbliche Produktion hat den leichten, auf Saisoneinflüsse und Energieschwierigkeiten zurückzuführenden Rückschlag in den Wintermonaten überwunden. Der Produktionsindex ist zwar im Februar hauptsächlich infolge der geringeren Zahl von Arbeitstagen nur um rund 1% gestiegen, dürfte sich jedoch bereits im März nach den bisher vorliegenden Produktionsdaten sprunghaft erhöht haben. Die günstige Entwicklung der Konsumgüterindustrien hält weiter an, so daß sich der Vorsprung der Produktionsmittelindustrien, deren Produktion im Februar nahezu unverändert blieb, etwas ver-

ringerte. Die aufwärtsstrebende Tendenz der Konsumgüterindustrien kam allerdings im Februar nicht voll im Index zum Ausdruck, da die Tabakproduktion vorübergehend auf die Hälfte zurückging und auch die Brauereien saisonbedingt weniger produzierten.

Im März hat eine Reihe von Industrien bedeutende Fortschritte erzielt und ihre bisherigen Produktionsleistungen zum Teil weit überboten. Nur in den stromintensiven Zweigen (Aluminium, Karbid usw.) konnte die Erzeugung im März noch nicht aufgenommen werden. Auch in den Baustoffindustrien, vor allem in den Ziegeleien, läuft die Produktion erst allmählich an.

Die Einschränkung der öffentlichen Bautätigkeit hat in der Sägeindustrie und in einzelnen Zweigen der eisenverarbeitenden Industrie (Bauwerkzeuge, Beschläge) zu Absatzschwierigkeiten geführt. Die Nachfrage nach den übrigen Baustoffen dürfte hingegen im Laufe des Jahres kaum gedeckt werden können. Die Gemeinde Wien beabsichtigt daher, zur Sicherung ihres Wohnbauprogrammes Mauerziegel aus Ungarn und der CSR zu importieren.

Die Rohstoffversorgung konsolidiert sich allmählich, vor allem dank der ERP-Hilfe. Vereinzelt entstehen allerdings noch immer durch Transportstörungen und durch schleppende Abwicklung von Handelsgeschäften Versorgungsschwierigkeiten, die sich um so empfindlicher auswirken, als nicht genügend Vorräte zur Überbrückung von vorübergehenden Stockungen vorhanden sind. Oft mangelt es nur an verhältnismäßig kleineren Mengen eines wichtigen Hilfsstoffes, wie z. B. Farben, Elektroden, Stahlveredlern, Chemikalien u. a., die im Produktionsprozeß nicht entbehrt oder ersetzt werden können.

Auch der Export der Industrie entwickelt sich im allgemeinen günstig, wenn auch vielfach infolge zu hoher Preise oder infolge von Einfuhrverboten der Importländer Schwierigkeiten entstehen. Auch die zunehmende Konkurrenz Deutschlands sowie einiger anderer Länder macht sich stärker bemerkbar. Die Exportfähigkeit vieler Betriebe kann daher nur mit Hilfe von Agiozahlungen der inländischen Importeure erhalten werden.

Die Bergbauproduktion (einschließlich Kohle) betrug im Februar 101,8% des Monatsdurchschnitts 1937 und war damit etwas geringer als im Jänner (103,7). Im März ist eine beträchtliche Steigerung zu erwarten.

Die Produktion der Schwerindustrie erreichte im März einen neuen Höhepunkt. Die Roheisenerzeugung betrug 239%, die Rohstahlerzeugung 133%

und die Walzwarenerzeugung 125% des Monatsdurchschnitts 1937. Die Schrottversorgung der Hochofen- und Stahlwerke hat sich vorübergehend gebessert, dürfte aber in Zukunft ernste Schwierigkeiten bereiten, da das inländische Aufkommen für eine große Produktion bei weitem nicht ausreicht. Im Rahmen des Marshall-Planes kann Schrott jedoch nicht importiert werden und für kommerzielle Importe fehlen Devisen. Auch die Versorgung mit Zschlägen und Elektroden ist noch nicht gesichert.

Erzeugung der eisenschaffenden Industrie

	Roh Eisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
1937 Ø	32.427	54.143	35.604
1948 XII.	60.204	58.343	38.046
1949 I.	60.496	62.906	41.532
II.	62.402	63.769	38.527
III.	77.644	71.926	44.541

Die Gießereindustrie hat die Wintermonate gut durchgehalten. Die Betriebe werden durch die Hütte Linz ausreichend mit Gießereiroh Eisen versorgt. Auch die Gußbruchlieferungen aus dem Inland dürften sich in Zukunft bessern, nachdem die Preise um ungefähr 50% erhöht worden sind. Buntmetalle konnten den Gießereien nur in geringfügigem Umfang zugeteilt werden, dafür standen genügend Altmetalle zur Verfügung. Schwierigkeiten bereitet ferner die Beschaffung von Grafiterschmelzriegeln, da die einzige inländische Erzeugungsstätte durch Bomben vernichtet wurde und wahrscheinlich nicht mehr aufgebaut wird. Die Gießereindustrie ist daher auf die Einfuhr von Grafiterschmelzriegeln und auch von Spezialsanden angewiesen, für die sie nur schwer Devisen erhält, da sie selbst nicht exportiert.

Erzeugung der Gießereindustrie

	Grauguß	Stahlguß	Temper- guß	Leicht- metall- guß	Schwer- metall- guß
	in Tonnen				
1947 Ø	3.700	306	65	128	147
1948 Ø	6.665	612	144	185	265
XII.	7.644	965	207	197	350
1949 I.	6.862	651	199	139	328

Die Fahrzeugindustrie hat den Produktionsrückschlag vom Jänner bereits aufgeholt und im Februar mit 132,9% von 1937 den bisher höchsten Stand erreicht.

Unter den Konsumgüterindustrien hat besonders die Textilindustrie weitere Fortschritte zu verzeichnen. Gleichlaufend mit der Produktionsausweitung nimmt der Umfang des Lohnverkehrs ständig ab, so daß in absehbarer Zeit eine weitere Besserung der Inlandsversorgung zu erwarten ist.

Die Produktion der Lederindustrie blieb fast unverändert, dürfte sich aber in den nächsten Monaten beträchtlich ausweiten, da Rohhäute aus der ERP-Hilfe erwartet werden.

Die Schuhindustrie hatte im Februar aus Mangel an Oberleder nur rund 260.000 Paar Lederschuhe erzeugt, erreichte aber im März einen Produktionsausstoß von fast 300.000 Paar.

Die Erzeugung von Tabakwaren ist im Jänner und Februar stark zurückgegangen, da der Absatz infolge der Konkurrenz des Schwarzen Marktes stark gesunken war. Die kürzliche Preissenkung der Regieerzeugnisse dürfte, wenn der gut organisierte Schwarze Markt nicht abermals einen Gegenschlag führt, den Absatz wieder beleben.

Erzeugung von Tabakfabrikaten

	Zigaretten 1.000 Stück	Zigarren	Zigaretten- u. Pfeifentabak kg
1937 Ø	345.776	7.672	330.114
1948 Ø	371.551	5.636	50.357
XII.	441.584	6.632	81.500
1949 I.	257.394	6.002	84.454
II.	265.025	6.736	88.927

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 159

Die Umsätze blieben im Monat Februar, entsprechend der Saison, annähernd auf der Höhe des Vormonates. Einzelne Branchen unterlagen allerdings bedeutenden Umsatzschwankungen. Während Buch-, Papier- und Lederwarenhandel Rückgänge um durchschnittlich 30% verzeichneten, belebte sich der Geschäftsgang in einigen anderen vom Index erfaßten Branchen übersaisonnäßig. Insbesondere die Umsätze in Textil- und Bekleidungsgegenständen haben sich, entgegen der normalen Saisonentwicklung, bis zu 30% erhöht. Auch die Nahrungsmittelumsätze erhöhten sich um 5%, nicht zuletzt infolge der Freigabe von Überkontingenteiern. Die mengenmäßige Umsatzzunahme dürfte etwas stärker sein, da die Preise der freien Nahrungs- und Genussmittel seit Jänner dauernd zurückgegangen sind (siehe Abschnitt Ernährung).

Nach den bisher verfügbaren vorläufigen Daten haben sich im März infolge der beginnenden Frühjahrssaison und der Geschäftsbelebung durch die Wiener Messe auch in den übrigen Handelszweigen die Umsätze erhöht. So hat vor allem das reichhaltige Angebot von neuartigen, praktischen Gebrauchsgegenständen auf der Wiener Frühjahrmesse das Möbel- und Hausratgeschäft übersaisonnäßig belebt. Die Umsätze der Möbel- und Hausratsabteilungen

der Wiener Warenhäuser stiegen im März um 43% — gegenüber einer Zunahme des Saisonindex für Hausrat um nur 15%. Das reichhaltige Angebot an freien und qualitativ hochwertigen Textilwaren förderte eine stärkere Belegung der Textilumsätze. Die einschlägigen Abteilungen der Wiener Warenhäuser konnten im März Umsatzsteigerungen bis zu 50% verzeichnen.

Auch der Besuch der Vergnügungsstätten hat sich im März etwas gebessert. So lassen die Vorschreibungen an Theatersteuern eine etwa 5%ige Einnahmensteigerung erkennen. Der Kinobesuch dürfte noch stärker zugenommen haben. Diese Entwicklung ist allerdings aus der Kinosteuer nicht zu erkennen, die durch nachträgliche Vorschreibungen für das abgelaufene Jahr verzerrt wird.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 160—164

Im März setzte erwartungsgemäß eine leichte Belegung auf dem Arbeitsmarkt ein. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden ging um 8.474 zurück, war aber mit 130.178 noch immer um 36.528 höher als Ende 1948. Gleichzeitig nahm die Zahl der krankenversicherten Arbeiter und Angestellten um rund 14.000 zu und überschritt damit wieder den Stand vom Jänner. Mit dem Anlaufen der Bausaison und der Aufhebung der Stromsparmaßnahmen ist ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Über die Ursache des Beschäftigungsrückganges im Februar — die Zahl der Krankenversicherten nahm da um 9.100 ab — gibt der Beschäftigungsindex der 1.678 von der Arbeiterkammer beobachteten Betriebe Aufschluß: Der Rückgang der Gesamtbeschäftigung — der Index sank von 165,1 im Jänner auf 163,6 im Februar — ist nahezu ausschließlich auf Entlassungen im Baugewerbe zurückzuführen, dessen Beschäftigungsindex um 16,3% zurückging. Der Beschäftigtenstand der Baufirmen war damit erstmalig seit 1946 niedriger als im März 1934. Der meist nur geringe Beschäftigungsrückgang in einigen anderen Zweigen¹⁾ wurde durch eine erhöhte Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie²⁾ aufgewogen.

¹⁾ Der größere Rückgang bei der Nahrungsmittelindustrie (um 11,6%) ist ausschließlich auf das Ende der „Kampagne“ in den Zuckerfabriken zurückzuführen, die im Index ein unverhältnismäßig großes Gewicht haben.

²⁾ Allerdings stieg auch in diesen Industriezweigen die Arbeitslosigkeit, so daß man annehmen muß, daß es auch hier in den kleineren, nicht im Arbeiterkammerindex erfaßten Betrieben zu vorwiegend saisonmäßigen Einschränkungen kam.

Der Mitgliederstand der Gewerkschaften

Aus der nur nach wenigen Hauptgruppen gegliederten Beschäftigungsstatistik der Krankenkassen lassen sich Verschiebungen zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen nicht erkennen³⁾. Um dennoch Anhaltspunkte über die Entwicklung des Beschäftigtenstandes in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu gewinnen, muß auf einzelne Teilerhebungen zurückgegriffen werden, wie auf die Repräsentativstatistik der Arbeiterkammer über 1.678 Betriebe und die von der Wiener Gebietskrankenkasse in der Regel halbjährlich veröffentlichte Aufgliederung ihres Mitgliederstandes nach Wirtschaftszweigen. Eine weitere Quelle, die Rückschlüsse auf die Entwicklung der Beschäftigung in einzelnen Wirtschaftszweigen zuläßt, ist die *Mitgliederstatistik der Gewerkschaften*. Sie hat gegenüber den beiden anderen Repräsentativstatistiken den Vorteil, daß sie eine bedeutend größere Zahl von Beschäftigten umfaßt, andererseits weist sie jedoch den Nachteil auf, daß infolge der freien Ein- und Austrittsmöglichkeiten Verschiebungen des Mitgliederstandes eintreten, die nicht notwendigerweise mit denen der zu untersuchenden Gesamtmasse (der Gesamtzahl der Beschäftigten) übereinstimmen. Der Erkenntniswert der Statistik wird außerdem dadurch beeinträchtigt, daß sie nicht so weit aufgegliedert ist, wie es für verschiedene wirtschaftliche Untersuchungen notwendig wäre.

Ungeachtet dieser Mängel bieten jedoch die Mitgliederstatistiken der Gewerkschaften wertvolle Aufschlüsse über die Struktur und die Entwicklung des Beschäftigtenstandes. Ende 1946 waren rund 50% aller Krankenversicherten, Ende 1947 bereits 66% und Ende 1948 68% gewerkschaftlich erfaßt. Scheidet man die Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft aus, die nicht so stark wie die Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, so erhöht sich der Prozentsatz auf 57, 74 und 75%.

Ein Vergleich des Mitgliederstandes zum Jahresende 1948 mit dem von Ende 1947 zeigt⁴⁾, daß bei den Gemeindebediensteten (+16%), den Beschäftigten in Dienstleistungsgewerben und Vergnügungsbetrieben (+12,9%), den Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitern (+10,7%) und den Arbeitern der chemi-

³⁾ Die Beschäftigtenzählung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom März 1948 gibt zwar ein einmaliges Strukturbild, erlaubt jedoch keine Rückschlüsse auf die laufende Entwicklung, da weitere Erhebungen ähnlicher Art fehlen.

⁴⁾ Die starke Steigerung bei den Land- und Forstarbeitern (+12,4%) ist nicht auf eine Zunahme des Beschäftigtenstandes, sondern nur auf eine stärkere gewerkschaftliche Erfassung der Landarbeiter zurückzuführen.

Mitgliederzahl der Gewerkschaften¹⁾

	Stand am 31. Dezember		
	1946	1947	1948
Angestellte in der Privatwirtschaft	114.805	151.004	139.349
Öffentliche Angestellte	78.434	112.056	113.782
Gemeindeangestellte	82.243	97.876	113.862
Angestellte der freien Berufe	20.195	27.377	28.736
Bau- und Holzarbeiter	107.520	174.572	170.347
Arbeiter der chemischen Industrie	39.107	45.314	49.985
Eisenbahnbedienstete	103.338	112.034	115.212
Arbeiter der graphischen u. papierverarb. Gewerbe	19.676	24.118	21.879
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter	28.009	25.945	23.983
Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe	17.716	26.158	26.097
Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft	24.696	42.776	52.923
Lebens- und Genußmittelarbeiter	40.261	45.708	43.368
Metall- und Bergarbeiter	129.333	189.887	200.148
Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter	59.948	89.947	99.564
Post- u. Telegraphendienst	38.201	39.262	41.019
Arbeiter der persönlichen Dienstleistungen und der Vergnügungsbetriebe	20.792	34.054	38.432
Insgesamt	924.274	1.238.088	1.278.686

¹⁾ Statistik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

schen Industrie (+10,3%) die stärksten Zunahmen zu verzeichnen sind.

Die starke Zunahme des Beschäftigtenstandes in der Textil- und Bekleidungsindustrie scheint auf eine durch die Währungsreform verursachte Umschichtung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der in den letzten zehn Jahren vernachlässigten Konsumgüterindustrie hinzudeuten. Der Zuwachs wird jedoch durch den Rückgang der Beschäftigten in anderen Konsumgüterindustrien, wie in der Lebens- und Genußmittelindustrie, im Hotel- und Gastgewerbe sowie im Handel, Transport und Verkehr (die einzige Gewerkschaft, deren Mitgliederzahl seit 1946 ständig abnimmt) weitgehend kompensiert. Der Anteil der Arbeiter, die in vorwiegend dem Konsum gewidmeten Wirtschaftszweigen beschäftigt sind (im Handels-, Transport- und Verkehrswesen, im Hotel- und Gastgewerbe, in der Lebens- und Genußmittelindustrie, der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie und in den Dienstleistungsgewerben) ist daher mit rund 18% des gesamten Mitgliederstandes annähernd gleich geblieben.

Die Verschlechterung der Arbeitslage in der Bauwirtschaft äußert sich in einem Rückgang des Mitgliederstandes der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft um 4.225. Die Abnahme ist überwiegend darauf zurückzuführen, daß im Winter 1948/49 in

der Bauwirtschaft eine stärkere saisonmäßige Arbeitslosigkeit eintrat, während im Winter 1947/48 nur eine geringfügige Saisonbewegung zu beobachten war.

Auffallend ist der Rückgang bei den Angestellten der Privatwirtschaft um 11.655 oder 7,7%, der im Widerspruch zur Krankenkassenstatistik zu stehen scheint, nach der die Zahl der Angestellten in Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel im gleichen Zeitraum um 800 zunahm. Die Erklärung dürfte darin liegen, daß ein Großteil der Gemeindeangestellten (vor allem die außerhalb Wiens) mit den Privatangestellten gemeinsam krankenversichert sind, während sie in der Gewerkschaftsstatistik als eine besondere Gruppe ausgewiesen werden, deren Zahl um 15.986 zugenommen hat. Es ist daher anzunehmen, daß sich hinter den leicht steigenden Zahlen der Angestelltenstatistik ein gewisser Abbau von Angestellten in der Privatwirtschaft verbirgt, der durch eine Zunahme der Gemeindebediensteten überkompensiert wurde.

Mitgliederstand der Gewerkschaften nach dem Geschlecht

Jahresende	Männer	Frauen	Frauen in % des Gesamtmitgliedsstandes
1946	696.277	227.997	24,7
1947	909.669	328.419	26,5
1948	936.862	341.824	26,7

Aus der Gewerkschaftsstatistik lassen sich neben der Entwicklung der Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen noch andere charakteristische Strukturveränderungen erkennen. So ist der Anteil der Frauen vom Jahre 1946 bis zum Jahre 1948 von 24,7% auf 26,7% gestiegen. Da die Frauen im allgemeinen gewerkschaftlich schwächer organisiert sind als die Männer, könnte die geringfügige Steigerung ebenso auf eine stärkere gewerkschaftliche Erfassung der Frauen wie auf eine wirkliche Zunahme des Anteils der Frauen an der Gesamtbeschäftigung zurückzuführen sein. Die gleichlaufende Entwicklung bei der Wiener Gebietskrankenkasse rechtfertigt jedoch die Annahme, daß sich tatsächlich der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung erhöht hat.

Auch die zunehmende Überalterung der Beschäftigten wird durch die Gewerkschaftsstatistik bestätigt. Von Ende 1947 bis Ende 1948 nahm die Zahl der gewerkschaftlich erfaßten Jugendlichen unter 18 Jahren um 5.278 (7,7%) ab. Ihr Anteil am Gesamtmitgliedsstand verminderte sich dementsprechend von 5,5% auf 4,9%. Der Rückgang konzentrierte sich ausschließlich auf Wien (— 5.286),

Mitgliederstand der Gewerkschaften nach Bundesländern¹⁾

	Stand am 31. Dezember		
	1946	1947	1948
Wien	418.779	495.169	505.775
Niederösterreich	123.544	185.923	196.461
Burgenland	8.312	15.876	16.884
Oberösterreich	123.582	180.104	181.427
Salzburg	29.779	48.227	53.010
Steiermark	137.570	189.264	188.807
Kärnten	36.701	56.981	62.109
Tirol	31.443	45.145	52.399
Vorarlberg	14.564	21.399	21.814
Insgesamt	924.274	1.238.088	1.278.686

¹⁾ Statistik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

während sich die Zahl der Jugendlichen in anderen Bundesländern geringfügig erhöhte.

Die Zunahme des Mitgliederstandes von Ende Dezember 1947 bis Ende Dezember 1948 erstreckte sich auf alle Bundesländer, mit Ausnahme der Steiermark, wo die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder leicht zurückging. Die prozentuell größten Zunahmen weisen Tirol (+16,0%) und Salzburg (+9,9%) auf, während die absolute Mitgliederzahl in Wien (+10.606) und in Niederösterreich (+10.538) am stärksten stieg.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 156—166

Die Leistungen der Bundesbahnen haben sich im Februar gegenüber dem Vormonat nur unbedeutend verändert. Erst gegen Monatsende spannte sich die Transportlage im Güterverkehr etwas an. Im Laufe der Monate März und April trat dann eine wesentliche Verschärfung ein, die Güterstauungen bis zu 1.300 Waggons bewirkte und zu einer kurzfristigen Annahmesperre im Triester Raum zwang. Die erhöhte Nachfrage nach Transportraum ergab sich vor allem aus dem steigenden Außenhandels- und Transitvolumen; insbesondere aus verstärkten Importen aus Italien (Gemüse), Triest (ERP-Güter), Frankreich (Kunstdünger) und Deutschland (Kohle) sowie aus Durchfuhren von Polen, der CSR (Kohle, Koks) und den Südostländern (Futtermittel, Getreide, Zucker, Ölderivate). Außerdem wurden die Bahnen auch im innerösterreichischen Verkehr durch vermehrte Holztransporte für die Papierindustrie stärker beansprucht. Belastend wirkten sich ferner die hohen Laderückstände aus, die anfangs März täglich 700 Waggons dem Verkehr entzogen¹⁾.

¹⁾ Die Wagenstandsgebühr wurde erst ab 1. April 1949 erhöht. (siehe Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jg., Heft 3, März 1949, Seite 100).

Im März haben die Bundesbahnen einen verstärkten „Schienenersatzverkehr“ in Niederösterreich eingeführt, der die Transportlage erleichtern und die Beförderung der Eil- und Frachtstücke beschleunigen sollte. Im April wurde er auch auf die übrigen Bundesländer ausgedehnt. Eine Konkurrenz des Straßenverkehrs ist damit nicht beabsichtigt.

Im Personenverkehr erhöhte sich im Februar die Frequenz nur in Tirol hauptsächlich infolge des Ausländerfremdenverkehrs. In allen übrigen Direktionsbezirken hielt dagegen die seit August 1948 rückläufige Tendenz an. Mit 5,48 Mill. verkauften Fahrkarten lag der Reiseverkehr indessen noch immer um 350.000 Fahrkarten über dem Stand vom Februar 1948. Mitte März setzte die übliche saisonbedingte Belebung ein, die zu den Osterfeiertagen einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Die Tarife blieben sowohl im Berichtsmonat als auch im März und April im wesentlichen unverändert. Zu erwähnen sind lediglich Erweiterungen einzelner Ausnahmetarife und Nachträge zu den österreichisch-tschechoslowakischen und österreichisch-ungarischen Verbandstarifen. Für den österreichischen Transitverkehr sind ferner die Verbandstarifverhandlungen zwischen der ÖSR und Ungarn und zwischen Italien und den nordischen Ländern von Bedeutung, da die vorgesehenen Routen über österreichische Transitstrecken führen.

Die Vorverhandlungen über die für 1. Juni 1949 geplanten *Tariferhöhungen* wurden anfangs April abgeschlossen; der Entwurf ist bereits dem Ministerrat zugeleitet. Es ist beabsichtigt, die Gütertarife im Durchschnitt um 76% und die Personentarife um 25% zu erhöhen. Man erwartet sich davon Mehreinnahmen in Höhe von 685 Mill. S, davon 60 Mill. S aus dem Personenverkehr. Auffallend ist, daß die Gütertarife für Massengüter (Tarifklassen F und G) bedeutend stärker erhöht werden als die für hochwertige Güter. Maßgeblich hierfür ist offensichtlich der Umstand, daß bei hochwertigen Gütern die Gefahr einer Abwanderung auf die Straße besteht²⁾. Es fragt sich jedoch, ob eine derartige, vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus vorteilhafte Tarifpolitik auch volkswirtschaftlich zu rechtfertigen ist, da durch eine Nivellierung der Wertstaffel (Verminderung des Unterschiedes der Frachtbelastung zwischen hochwertigen und minderwertigen Gütern) die Konkurrenzverhältnisse der Industrie zuungunsten der gerade in Österreich über-

²⁾ Aus dem gleichen Grund mußte auch die italienische Tarifreform vom 10. Februar 1949 die Wertstaffelung der Frachtsätze vermindern.

wiegenden arbeits- und konsumorientierten Betriebe verschoben werden, während die Konkurrenzfähigkeit der materialorientierten Betriebe gestärkt wird, sofern nicht Ausnahmetarife für Rohstoffe und Halbfabrikate dieser Tendenz entgegenwirken.

Die *Donauschifffahrt* ruhte bis Ende Februar. Am 1. März wurde der Güterverkehr zwischen Linz und Regensburg und am 16. April der Personenverkehr zwischen Linz und Passau wieder aufgenommen (im vergangenen Jahr wurde nur die Strecke Engelhartzell—Linz befahren). Auf der Strecke Wien—Budapest lief am 19. März der regelmäßige Stückgutverkehr (einmal wöchentlich) wieder an. Der Transport wird durch die ungarische Schifffahrtsgesellschaft Meszhart durchgeführt, die auch für einen direkten Anschlußverkehr nach Mohács Sorge trägt. Gleichzeitig nahm Ungarn den Donauseeverkehr auf (am 11. März 1949), so daß wieder wie im vergangenen Jahr eine direkte Schifffahrtsverbindung von Wien über den Csepeler Freihafen nach der Türkei und dem Libanon nach Israel und nach Ägypten besteht. Die Fracht wird zu 40% in Landeswährung des Verfrächters und zu 60% in Dollar verrechnet, sofern nicht der Empfänger bezahlt.

Der von der alliierten Bizonenverwaltung im April gestattete *Transitverkehr* auf der Strecke Würzburg—Regensburg bedeutet für die österreichische Rheinfahrt eine Devisenersparnis, da bisher die (in Dollar zu bezahlende) bedeutend längere Landstrecke Regensburg—Mannheim benutzt werden mußte. Der Verkehr ist allerdings vorläufig auf 10.000 t monatlich in beiden Richtungen beschränkt.

Private Bemühungen, eine österreichische *Hochsee-Schifffahrt* zu schaffen, haben im März zur Gründung der „Austria-Reederei Lob & Müller“ (Salzburg) geführt. Das Unternehmen will die Hochseefischerei in der Nordsee unter österreichischer Flagge betreiben. Die Rentabilität glaubt man infolge der beschränkten deutschen Fischereiflotte gesichert. Damit wurden innerhalb von zehn Monaten vier Gesellschaften gegründet, die sich mit Hochsee-Schifffahrt befassen. 1. Die „OESTRIG“ mit Beteiligung der Schweizer Firma Condrand, 2. der „Austria Lloyd“ mit Beteiligung amerikanischen Kapitals, 3. die erwähnte „Austria-Reederei“ und 4. das „Österreichische Seefrachten-Kontor“, das sich allerdings nur als Maklerfirma betätigt. Die Gründung einer fünften Gesellschaft mit schweizerischem und amerikanischem Kapital ist beabsichtigt.

Von den eigentlichen Hochsee-Schifffahrtsgesellschaften verfügt zur Zeit nur die „OESTRIG“ über die nötigen Betriebsmittel. Sie hat am 16. April

mit dem gecharterten 1.100 t-Schiff „Pra“ unter italienischer Flagge den Levanteverkehr (Triest—Izmir—Istanbul) aufgenommen. Außerdem beabsichtigt sie ab Mai mit der im Eigenbesitz befindlichen Korvette „Argo“ (1.100 t) einen regelmäßigen Verkehr mit Griechenland einzurichten. Die Erwartung, daß es den österreichischen Gesellschaften gelingen werde, sich mit gecharterten Schiffen unter Ausnutzung der 50%-Klausel in die ECA-Transporte einzuschalten, konnte bis jetzt nicht verwirklicht werden. Die Charterung erwies sich selbst gegenüber den hohen amerikanischen Frachtraten als zu teuer.

Die *Luftverkehrsverbindungen* von und nach Österreich wurden in den Monaten März und April beachtlich erweitert. Folgende im regelmäßigen Verkehr beflogene Strecken wurden eröffnet: Am 29. März die Linie Wien—Paris, am 5. April Wien—Oslo und am 30. April Kopenhagen—Wien—Mailand.

Der regelmäßige Flugdienst von und nach Österreich

Strecke	Wöchl. Flugdienst	Gesellschaft
Wien—New York	täglich	Pan American World Airways (PAA)
Wien—Zürich—London	täglich	British Europ. Airways (BEA)
Mailand—Venedig—Triest—Wien—Prag	zweimal	Società Italiana Servizi Aerei (SISA)
Wien—Paris	zweimal	Mercur
Wien—München—Frankfurt—Göteborg—Oslo	einmal	Scandinavian Airlines System (SAS)
Kopenhagen—Prag—Wien—Mailand	einmal	„

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 167—168

Die *Ausfuhr* stieg im Februar um 11,3 Mill. S auf 234,7 Mill. S. Berücksichtigt man, daß der Februar statt 26 nur 24 Arbeitstage hatte, so entspricht dies, auf den Normalmonat umgerechnet, einer Ausfuhr von 254 Mill. S, das sind um 2 Mill. S mehr als im Dezember. Für den Monat März, der 27 Arbeitstage aufwies, dürfte mit einer weiteren saisonmäßigen Steigerung der Ausfuhr zu rechnen sein.

Obwohl die Ausfuhrwerte im Jänner und Februar hinter dem Dezemberwert zurückblieben, stieg die Ausfuhrmenge von 1,85 Mill. q im Dezember auf 1,87 Mill. q im Jänner und 1,94 Mill. q im Februar. Der Grund hierfür liegt in der zunehmenden Verschiebung der Ausfuhrstruktur zugunsten der Rohstoffe, die im allgemeinen einen bedeutend niedrigeren Wert pro Zentner haben als die Fertigwaren. Während die Rohstoffe und halbfertigen Waren im Jahre 1947 24% und im Jahre 1948 durchschnittlich 32% der Gesamtausfuhr ausmachten, erreichten sie im De-

zember 1948 bereits 36%¹ und im Jänner 1949, hauptsächlich infolge Zunahme des Exportes von Kalkammonsalpeter (Stickstoffdünger) 38%¹.

Unter den ausgeführten Rohstoffen gewinnt seit Herbst vorigen Jahres das Holz wieder größere Bedeutung. In den drei Monaten Dezember bis Februar wurden 122.737 t Holz ausgeführt, gegenüber nur 24.273 t im ersten Vierteljahr 1948. Der größte Teil dieses Holzes geht nach Italien (von der Gesamtausfuhr nach Italien entfielen im Jänner 29% auf Holz gegenüber 27%¹ im Jahre 1948). In den beiden Monaten Jänner und Februar wurden nach Italien nahezu 100.000 m³ Holz ausgeführt, das ist fast die Hälfte der Menge, die im neuen Handelsabkommen mit Italien als Jahreskontingent festgesetzt wurde (225.000 m³). Dieser Zunahme der Holzausfuhr ist neben einer erhöhten Roheisenausfuhr in erster Linie die starke Belegung der Ausfuhr nach Italien zu verdanken, die sich von 38,5 Mill. S im Dezember und 41,3 Mill. S im Jänner auf 61,8 Mill. S im Februar erhöht hat.

Neben Italien werden vor allem Griechenland, Holland und die Türkei in verstärktem Maße mit Holz beliefert. Der Aufschwung des Holzexportes beruht fast ausschließlich auf Kompensationsgeschäften; Tabakclearing mit Griechenland und der Türkei, Kompensationen gegen Südfrüchte und andere auf dem Inlandsmarkt zu hohen Preisen absetzbare Waren mit Italien und Holland. Diese Geschäfte nutzen die Verzerrung der inländischen Preisstruktur aus und werfen auf diese Weise hohe Gewinne ab. Die auf außergewöhnliche Preisdifferenzen zurückzuführende Konjunktur auf dem Holzexportmarkt, die darin besteht, daß der Holzexporteur vom Konsumenten der Gegenkompensationswaren reich subventioniert wird, wird sich jedoch auf die Dauer nicht halten können. Die Preise der Kompensationswaren beginnen bereits jetzt zu sinken, so daß sich der Wechselkurs, der diesen Kompensationsgeschäften zugrunde liegt, und damit auch die Gewinne zunehmend verschlechtern. Die wirkliche Bewährungsprobe für den österreichischen Holzexport steht daher noch bevor, wobei die gegenwärtige künstliche Konjunktur insofern nachteilige Folgen haben wird, als zur Zeit wichtige Absatzmärkte, auf denen jedoch keine Kompensationsgeschäfte getätigt werden können, wie z. B. die Schweiz, vernachlässigt werden. Außerdem werden die Exporte der inländischen Holzverarbeitenden Industrie und die für das Inland fertigenden Zweige durch den Mangel an Holz und durch die hohen Preise gehemmt.

Die Einfuhr stieg im Februar auf 293,9 Mill. S und blieb damit ebenso wie die Ausfuhr noch unter

dem Höchstwert vom Dezember. Die relativ hohe Einfuhr in den Monaten Dezember bis Februar — 888,3 Mill. S gegenüber 689,1 Mill. S in den vorangegangenen drei Monaten — ist teils auf die erhöhte Ausfuhr und teils auf die starke Beanspruchung der im Marshall-Plan eingeräumten „Ziehungsrechte“ („drawing rights“) zur Deckung von Einfuhrüberschüssen aus anderen ERP-Ländern zurückzuführen. Von den 66,6 Mill. Dollar, die Österreich ursprünglich an Ziehungsrechten eingeräumt wurden¹), waren bis Ende Februar 30 Mill. Dollar im Rahmen des intereuropäischen Zahlungsplanes verrechnet worden. Demgegenüber wurden von den 3,1 Mill. Dollar Ziehungsrechten, die Österreich anderen Ländern zur Verfügung stellte, bisher erst 345.000 Dollar beansprucht.

Von den von Österreich bis Ende Februar beanspruchten Ziehungsrechten entfallen 12,3 Mill. Dollar auf Großbritannien und der überwiegende Teil des Restes auf die Bi-Zone. Ihre Auswirkung auf die Handelsstatistik läßt sich nur schwer feststellen, da die Marshall-Plan-Importe nur mangelhaft statistisch erfaßt und ausgewiesen werden. Auffallend ist, daß die Ziehungsrechte, die gegenüber Großbritannien im Jänner (5,1 Mill. Dollar) und im Februar (5,8 Mill. Dollar) beansprucht wurden, beträchtlich die Einfuhr aus Großbritannien in diesem Monat überstiegen. Es ist daher anzunehmen, daß die Ziehungsrechte teilweise zur Abdeckung bestehender Schulden verwendet oder für Importe ausgegeben werden, die, wie die direkten Marshall-Plan-Lieferungen, nicht in der Handelsstatistik aufscheinen. Außerdem dürften die Ziehungsrechte gegenüber Großbritannien auch für Importe aus dem übrigen Sterlinggebiet verwendet worden sein. Immerhin ist die plötzliche Steigerung der Einfuhr aus Großbritannien von 10,2 Mill. S im Jänner auf 24,2 Mill. S im Februar zweifellos eine Folge der Beanspruchung der Ziehungsrechte.

Die grundsätzliche Auflockerung der Außenhandelskontrolle, die mit dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Außenhandelsverkehrsgesetz angebahnt wurde, macht praktische Fortschritte. Im April wurde eine Reihe von Waren, deren Absatz im Ausland bereits auf Schwierigkeiten stößt, auf Anraten der Handelskammer von der Genehmigungspflicht befreit. Es handelt sich hauptsächlich um elektrische Apparate, Lastkraftwagen und Kraftfahräder sowie einige chemische Produkte. Der Ausfuhrwert der freigegebenen Waren betrug im Jahre 1947 etwa 7 bis 8%¹ des Gesamtausfuhrwertes.

¹) Inzwischen hat Österreich auf 2,9 Mill. Dollar dieser Ziehungsrechte verzichtet.